

# Umstrittenes Anti-Terrorismus Gesetz in Pakistan

von Alfred B. Vestring

**Nationalversammlung und Senat in Islamabad nahmen am 13. August ein Gesetz an, das zur Bekämpfung des Terrorismus der Polizei ungewöhnliche Vollmachten gibt und die Einsetzung von Sondergerichten mit drastisch gekürzten Gerichtsverfahren vorsieht.**

Die Opposition nannte es ein vergiftetes Jubiläumsgeschenk zum 50. Jahrestag der Staatswerdung, und die liberale Öffentlichkeit verurteilte es einmütig. Die wachsame Menschenrechtskommission Pakistans erklärte, der Terrorismus müsse bekämpft werden, doch sei das Gesetz dazu ungeeignet; es gebe der Polizei außerordentliche Mittel in die Hand und schneide den Verdächtigten elementare Rechte der Verteidigung ab. Dies müsse zu Willkür und Fehlurteilen führen. Amnesty International in London appellierte an Präsident Leghari, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Doch Leghari unterzeichnete, und die Regierung ernannte bereits wenige Tage später die ersten Richter.

Niemand in Pakistan verkennt, daß der über Jahre der Vernachlässigung gewachsene Terrorismus die Stabilität des Landes ernsthaft bedroht. Lange hatte man nur das Morden in Karachi im Visier, wo sich zwei Fraktionen des 'Mohajir Quami Movement' (MQM) zerkleinerten und die Militärs alles versuchten, um das MQM in ihren Griff zu kriegen. Benazirs Innenminister war dies im letzten Jahr gelungen. Er hatte das MQM durch seine Agenten unterwandern und die Rädelsführer nach südamerikanischem Vorbild heimlich umbringen lassen ("extra-judicial killings"). Als die Muslim Liga mit Nawaz Sharif aber im Februar dieses Jahres eine Koalition mit dem MQM auf Landes- und Bundesebene einging und die Streitkräfte gezwungen waren, das MQM zu schonen und seine Häftlinge zu entlassen, fing das Morden in Karachi wieder an.

Der andere schwärende Herd des Terrorismus entstand aus dem Gegeneinander von Sunniten und Schiiten im Lande. Er ist das Werk religiöser Eiferer, die seit der Förderung des Islamismus durch Zia-ul-Haq freien Auslauf hatten. Beide Glaubensrichtungen des Islam schufen sich ihre militanten Kampforganisationen, zuerst die Sunniten mit den 'Sipah-

e-Sahaba' ("Soldaten Gottes"), dann die Schiiten, in Pakistan etwa 15 Prozent der Gläubigen, mit den 'Sipah-e-Muhammad' ("Soldaten Muhammads"). Beide schrecken nicht davor zurück, die Gläubigen der anderen Richtung selbst beim Gebet in der Moschee zu überfallen und sie mit ihren Kalaschnikows niederzuschießen.

Statistiker haben ausgerechnet, daß diese sogenannten Sekten-Mörder seit Jahresanfang 25 mal in Lahore zugeschlagen haben, zehnmal in Faisalabad, fünfmal in Multan und je viermal in Jhang und Khanawal. 165 Tote waren das Ergebnis, 86 Schiiten gegen 66 Sunniten. Das hat Pakistan bisher noch nicht erlebt. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen ist der zentrale Punjab. Hier ist die Machtbasis von Nawaz Sharifs 'Muslim Liga'. Deshalb versteht man, daß die neue Regierung unter einem enormen Handlungsdruck steht. Sie möchte nicht, daß sich "ihre eigene Provinz" zur Achilles-Ferse entwickelt, wie es Karachi für die PPP wurde.

Aber hat die Regierung den richtigen Weg gewählt? Werden die zahlreichen Sondergerichte, die in den vom Terrorismus heimgesuchten Gebieten errichtet werden sollen, in der Lage sein, der Gewaltverbrechen Herr zu werden, sie wenigstens einzudämmen?

Polizei und Armee sind jetzt berechtigt, Hausdurchsuchungen ohne Anordnung vorzunehmen, auf Verdächtige zu schießen, von denen sie annehmen, daß sie eine terroristische Tat begehen wollen. Geständnisse, die in der Polizeistation (freiwillig oder unfreiwillig) gemacht wurden, sind als Beweismittel vor Gericht zugelassen, und die Gerichte sind bei Verurteilungen gehalten zu erklären, weshalb sie im Einzelfall nicht die Höchststrafe (Todesstrafe) gewählt haben. Die Polizei hat nur eine Woche für ihre Ermittlungen und das Gericht nur eine Woche für seine Verhandlungen. Berufung kann innerhalb von einer Woche eingelegt werden, das Obergericht fällt dann seinen Spruch innerhalb von einer Woche. Zwischen Tat und letztgerichtlicher Verurteilung sollen so nicht mehr als vier Wochen liegen.

Maßnahmen gegen Prozeßverschleppung sind in Ordnung, aber Zweifel sind angebracht, ob das Abschneiden üblicher verfahrensrechtlicher Garantien noch einen gerechten Prozeß erlaubt. Exorbitante Vollmachten können eine unfähige und korrupte Polizei nicht effizienter, sondern ihre Willkür nur noch gefährlicher machen, und Sonder-

gerichte, die sich auf hastig durchgeführte polizeiliche Ermittlungen stützen und im Schnellverfahren Todesurteile aussprechen, werden viele Unschuldige treffen.

Nawaz Sharif hat die Bedenken der Menschenrechtsorganisationen mit leichter Hand beiseite geschoben und erklärt, sie dächten zu stark an die Täter, nicht aber an ihre Opfer. Der Ministerpräsident steht unter Erfolgszwang. Die Frage ist aber, ob solche Maßnahmen dauerhafter Stabilität dienen und wohin sie Pakistan letztlich führen.

Die Regierung Nawaz Sharif ist jetzt sechs Monate alt. Ihr beredter Informationsminister Mushahid Hussain hat dies zum Anlaß genommen, auf ihre Erfolge hinzuweisen: Eine Verfassungsänderung, nach der der Präsident die Regierung nicht mehr entlassen kann, ein Gesetz gegen Illoyalität von Abgeordneten, ein Anti-Korruptionsgesetz und schließlich dieses Anti-Terrorismus Gesetz.

Doch sind Fragezeichen erlaubt. Am unstrittigsten ist noch die Entmachtung des Präsidenten, wenngleich sich die Stimmen mehren, die in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Präsident und Regierungschef durchaus Vorteile für die Demokratie sehen und vor einer Zivildiktatur warnen. Das Gesetz gegen Parteübertritte geht vielen zu weit, weil schon die abweichende Meinungsäußerung zum Mandatsverlust führen kann und die Entscheidung darüber beim Parteiführer liegt. Das Anti-Korruptionsgesetz wird leider einseitig gehandhabt, es hat bisher nur zur Verfolgung der Opposition gedient, darüber ist sich die Öffentlichkeit in ihrer Kritik einig. Und nun kommt das Anti-Terrorismusgesetz, von dem viele befürchten, daß es massiven Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor öffnet und auch politisch mißbraucht werden kann.

Eindeutig ist, daß alle vier Maßnahmen der Regierung Nawaz Sharif, die über eine Zweidrittel Mehrheit im Parlament verfügt, eine nahezu unangreifbare Machtbasis geben. Sie ist jetzt immun gegen Eingriffe des Präsidenten, sie kann die eigenen Abgeordneten disziplinieren und sie hat neue Mittel, die Opposition einzuschüchtern. Die Frage ist, ob die Regierung ihre Macht maßvoll nutzt und die Reformen durchführt, die die auseinanderstrebende Gesellschaft wieder integriert und Zuversicht und Hoffnung in eine bessere Zukunft gibt.

(Der Autor ist Botschafter a.D. und hat Deutschland in Pakistan vertreten)